

26. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 29. September 2010, 20:30 Uhr bis 23:05 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Marina Garzotto (SVP)

Protokollführung: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Anwesend: 114 Mitglieder

Abwesend: Jacqueline Badran (SP), Irene Bernhard (GLP), Jedidjah Bollag (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Uschi Heinrich (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne), Heinz F. Steger (FDP), Christine Stokar Gasser (SP), Lucia Tozzi (SP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Sacha Walker (GLP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1.		Mitteilungen	
22.	2006/515 A	Motion von Roger Bartholdi (SVP) und Theo Hauri (SVP) vom 22.11.2006: Stadtpolizei, nachhaltige Erhöhung der Stellen für den Frontdienst	PV
23.	2006/522 A	Postulat von Christian Wenger (SD) und Ueli Brasser (SD) vom 22.11.2006: Kriminalstatistik, Aufschlüsselung nach Staats-angehörigkeiten	PV
24.	2006/527 A	Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 22.11.2006: Kriminalstatistik, Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeiten	PV
25.	2006/528 A	Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) vom 22.11.2006: Kriminalität ausländischer Jugendlicher, Früherkennung und Rückführung	PV
26.	2006/545 A	Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Dr. Guido Bergmaier (SVP) vom 29.11.2006: Ruhender Veloverkehr, Parkgebühren	PV
27.	2007/106 E/T	Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 07.03.2007: Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs	PV
28.	<u>2007/167</u> E	Postulat von Pascal Pauli (Grüne) und Dr. Martin Sarbach (SP), vertreten durch Andrew Katumba (SP) vom 28.03.2007: Verkehrsregelnverordnung, Durchsetzung von Art. 8 Abs. 4	PV

29.	2007/213 E/A	Postulat von Anja Recher (AL), Martin Abele (Grüne) und 16 Mitunterzeichnenden vom 18.04.2007: Stadtpolizei, Ausbildungsblock "Homosexualität und antischwule Gewalt"	PV
30.	2007/242 E/A	Postulat der SVP-Fraktion vom 09.05.2007: 1Mai-Feier, Verzicht auf die Erteilung von Bewilligungen	PV
31.	2007/379 E/A	Postulat von Monjek Rosenheim (FDP), vertreten durch Cäcilia Hänni-Etter (FDP) vom 04.07.2007: Parkplatzregime im Industriegebiet Binz, Anpassung an Bedürfnisse der KMU	PV
32.	2007/446 A	Postulat von Ernst Danner (EVP) und Hanspeter Kunz (EVP) vom 22.08.2007: Streetparade, Verzicht auf Alkoholausschank	PV
33.	2007/536 A	Postulat von Bruno Garzotto (SVP), Theo Hauri (SVP) und 19 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2007: Handwerksbetriebe in der Innenstadt, entgeltliche Parkplätze	PV
		* Keine materielle Behandlung	

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

561. 2006/515

Motion von Roger Bartholdi (SVP) und Theo Hauri (SVP) vom 22.11.2006: Stadtpolizei, nachhaltige Erhöhung der Stellen für den Frontdienst

Die Behandlung wird fortgesetzt (erster Teil siehe Protokoll 25. Ratssitzung).

Die Motion wird mit 51 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

582. 2006/522

Postulat von Christian Wenger (SD) und Ueli Brasser (SD) vom 22.11.2006: Kriminalstatistik, Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeiten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Ueli Brasser (SD) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 900/2006).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 2 gegen 104 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

583. 2006/527

Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 22.11.2006: Kriminalstatistik, Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeiten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 905/2006).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 24 gegen 82 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

584. 2006/528

Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) vom 22.11.2006: Kriminalität ausländischer Jugendlicher, Früherkennung und Rückführung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Patrick Blöchlinger (SD) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 906/2006).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 2 gegen 105 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

585. 2006/545

Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Dr. Guido Bergmaier (SVP) vom 29.11.2006:

Ruhender Veloverkehr, Parkgebühren

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 942/2006).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 42 gegen 69 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

586. 2007/106

Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 07.03.2007:

Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Der von Judith Bucher (SP) am 21. März 2007 gestellte Textänderungsantrag wird zurückgezogen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

587. 2007/167

Postulat von Pascal Pauli (Grüne) und Dr. Martin Sarbach (SP), vertreten durch Andrew Katumba (SP) vom 28.03.2007:

Verkehrsregelnverordnung, Durchsetzung von Art. 8 Abs. 4

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

588. 2007/213

Postulat von Anja Recher (AL), Martin Abele (Grüne) und 16 Mitunterzeichnenden vom 18.04.2007:

Stadtpolizei, Ausbildungsblock "Homosexualität und antischwule Gewalt"

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alecs Recher (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1530/2007).

Bruno Amacker (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Mai 2007 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Guido Trevisan (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, den im Ausbildungsteil "Gesellschaft", welchen angehende PolizistInnen im Rahmen ihres Aspirantenjahres besuchen, den Block "Homosexualität und antischwule Gewalt" dauerhaft als obligatorischen Bestandteil aufzunehmen zu erhalten und den heutigen Kursinhalt auf den Umgang mit transsexuellen Menschen auszudehnen. Dabei soll diese Thematik umfassend berücksichtigt werden und über die bisher rein begriffliche Definition von Transsexualitaet hinausgehen. Die Vermittlung der Kursinhalte soll durch eine fachkundige Person erfolgen. Geprüft werden soll zudem eine Ausdehnung des Kursinhaltes auf den Umgang mit transsexuellen Menschen.

Alecs Recher (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 63 gegen 51 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

589. 2007/242

Postulat der SVP-Fraktion vom 09.05.2007:

1.-Mai-Feier, Verzicht auf die Erteilung von Bewilligungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Mauro Tuena (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1573/2007).

Alecs Recher (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 23. Mai 2007 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 45 gegen 69 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

590. 2007/379

Postulat von Monjek Rosenheim (FDP), vertreten durch Cäcilia Hänni-Etter (FDP) vom 04.07.2007:

Parkplatzregime im Industriegebiet Binz, Anpassung an Bedürfnisse der KMU

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Cäcilia Hänni-Etter (FDP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

591. 2007/446

Postulat von Ernst Danner (EVP) und Hanspeter Kunz (EVP) vom 22.08.2007: Streetparade, Verzicht auf Alkoholausschank

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Hanspeter Kunz (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2021/2007).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 5 gegen 101 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

592. 2007/536

Postulat von Bruno Garzotto (SVP), Theo Hauri (SVP) und 19 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2007:

Handwerksbetriebe in der Innenstadt, entgeltliche Parkplätze

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Theo Hauri (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2238/2007).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Mauro Tuena (SVP) beantragt, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 102 gegen 11 Stimmen zu.

Abstimmung unter Namensaufruf:

Abstimmungsprotokoll					
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme	
088	Abele	Martin	Grüne	NEIN	
151	Amacker	Bruno	SVP	JA	
051	Ammann	Jürg	Grüne	NEIN	
143	Anderegg	Peter	EVP	JA	
084	Angst	Walter	AL	NEIN	
110	Anhorn	Ruth	SVP	JA	
129	Apafi	Lukas	FDP	JA	
012	Aubert	Marianne	SP	NEIN	
066	Badran	Jacqueline	SP		
060	Bär	Linda	SP	NEIN	
137	Bartholdi	Roger	SVP	JA	
020	Barzotto	Myriam	SP	NEIN	
168	Baumer	Michael	FDP	JA	
113	Bergmaier	Guido	SVP	JA	
038	Bernhard	Irene	GLP		
015	Bischof	Jris	SP	NEIN	
106	Blöchlinger	Patrick	SD	JA	
153	Bollag	Jedidjah	SVP		
117	Bourgeois	Marc	FDP	JA	
017	Brander	Simone	SP	NEIN	
105	Brasser	Ueli	SD	JA	
171	Bürlimann	Martin	SVP	JA	

043	Butz	Marlène	SP	NEIN
043	Di Concilio	Salvatore	SP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	NEIN
057	Dubs	Marianne	SP	NEIN
166	Egger	Urs	FDP	
175	Erfigen	Monika	SVP	JA
140	Fehr	Urs	SVP	JA
062	Feuillet	Dominique	SP	NEIN
008	Frei	Dorothea	SP	NEIN
026	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
001	Garzotto	Marina	SVP	JA
045	Glaser	Helen	SP	NEIN
054	Glättli	Balthasar	Grüne	NEIN
009	Graf	Davy	SP	NEIN
031	Gut	Christoph	SP	NEIN
119	Hagger	Joachim	FDP	JA
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	JA
176	Hauri	Theo	SVP	JA
201	Heinrich	Uschi	SP	
133	Hensch	Theresa G.	FDP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	JA
071	Hug	Christina	Grüne	NEIN
126	Hüssy	Kurt	SVP	JA
173	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
128	Jäger	Alexander	FDP	JA
033	Jahreiss	Fiammetta	SP	NEIN
158	Kälin	Simon	Parteilos	NEIN
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
023	Käser	Philipp	GLP	NEIN
016	Katumba	Andrew	SP	NEIN
053	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
055	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
044	Küng	Peter	SP	NEIN
160	Kunz	Hanspeter	EVP	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
036	Ledergerber	Zora	GLP	NEIN
003	Leiser	Albert	FDP	JA
121	Liebi	Roger	SVP	JA
021	Luchsinger	Martin	GLP	NEIN
161	Mächler	Martin	EVP	JA
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	NEIN
002	Manser	Joe A.	SP	NEIN
101	Mariani	Mario	CVP	JA
063	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
048	Marti	Min Li	SP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
092	Meier	Daniel	CVP	JA
138	Monn	Thomas	SVP	JA
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
073	Nagel	Ueli	Grüne	
	1 - 3 -	1	1	

011	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	NEIN
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
087	Piller	Bernhard	Grüne	NEIN
072	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
144	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	NEIN
097	Rechsteiner	Urs	CVP	JA
112	Regli	Daniel	SVP	JA
013	Reimann	Beatrice	SP	NEIN
005	Richli	Mark	SP	NEIN
083	Rutherfoord	Catherine	AL	NEIN
050	Rykart	Karin	Grüne	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	JA
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
154	Schlatter	Hedy	SVP	JA
131	Schmid	Michael	FDP	JA
148	Schmid	Urs	FDP	JA
103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	JA
028	Seidler	Christine	SP	NEIN
135	Sidler	Bruno	SVP	JA
120	Simon	Claudia	FDP	JA
032	Spieler	Marianne	SP	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	
070	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
041	Stokar	Christine	SP	
019	Straub	Esther	SP	NEIN
027	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	JA
125	Tomezzoli	Ruggero	SVP	JA
184	Tozzi	Lucia	SP	NEIN
099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	NEIN
108	Tuena	Mauro	SVP	JA
183	Urben	Michel	SP	
132	Uttinger	Ursula	FDP	JA
029	Utz	Florian	SP	NEIN
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	
039	von Planta	Gian	GLP	NEIN
037	Walker	Sacha	GLP	
157	Weiss	Urs	SVP	JA
046	Wepf	Mirella	SP	NEIN
094	Widler	Josef	CVP	JA
024	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
170	Wohler	Bruno	SVP	JA
082	Wolff	Richard	AL	NEIN
018	Wüthrich	Katrin	SP	NEIN

047	Wyler	Rebekka	SP	NEIN
068	Wyss	Thomas	Grüne	NEIN
156	Zweifel	Karl	SVP	JA

Das Postulat wird mit 51 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Eingänge

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

593. 2010/416

Motion von Gabriele Kisker (Grüne), Samuel Dubno (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 29.09.2010:

Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ), Anpassung der Gebühr auf dem Stadtgebiet Altstadt

Von Gabriele Kisker (Grüne), Samuel Dubno (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 29. September 2010 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Verordnung für die Abfallbewirtschaftung in der Stadt Zürich (VAZ) so zu ändern, dass alle Eigentümerinnen und Eigentümer, für deren Liegenschaften auf dem Stadtgebiet Altstadt eine Kehrichtsammelstelle (Unterflurcontainer UFC) auf öffentlichem Grund errichtet wurde, für deren Benützung eine gleich hohe Gebühr pro Einheit zu entrichten haben. Als Basis für die Berechnung dieser einheitlichen Gebühr gelten der günstigste Bodenpreis und die grösste Containerkapazität in der Altstadt.

Begründung:

Art 13 Abs. 3 der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung in der Stadt Zürich (VAZ) legt fest, dass Eigentümerinnen und Eigentümer, für deren Liegenschaften eine Kehrichtsammelstelle auf öffentlichem Grund errichtet wurde, eine jährliche Abgabe für die Benutzung des öffentlichen Grundes zu bezahlen haben.

Dieser Absatz ist zu ergänzen mit einer Sonderregelung für den Kreis 1.

Im Gegensatz zu den restlichen Stadtgebieten ist es in der Altstadt aus Platz- und Denkmalschutzgründen praktisch unmöglich einen eigenen Container auf privatem Grund zu erstellen. Bewohnerinnen und Bewohner sind auf einen öffentlichen Container angewiesen und können sich die Deponien nicht selber aussuchen

Die Platzierung der Unterflur Container ist in der Altstadt stark eingeschränkt. Die Stadt orientiert sich bei der Auswahl und Einrichtung von Unterflurcontainer an der Zufahrtsmöglichkeit der Müllwagen und nicht an den Bodenpreisen.

Innerhalb des kleinen Altstadtperimeters bedeutet das eine Bodenpreisschere von bis zu CHF 12`000 pro m2, die der Containerbenutzende bezahlt, ohne dass er auf die Standortauswahl einen Einfluss hat. Die Zuteilung der Wohneinheiten zu den jeweiligen Containern geschieht anhand der Containerkapazitäten. Je nach Zuteilung der Liegenschaften führt dies wiederum zu einem Gebührenunterschied von bis zu Fr. 60.- pro Wohneinheit. Auch hier haben die Containerbenützenden keine Möglichkeit die Zuteilung zu beeinflussen. Wer bei der Zuteilung in der Region Grossmünster Pech hat, darf den Müllsack nicht zur benachbarten Containerstandort an der Trittligasse tragen, was Fr. 29.- kosten würde, sondern muss den Müll auf den doppelt so teuren Grossmünsterplatz schleppen. Für den gleichen Müll werden so auf engstem Raum unterschiedliche Gebühren verlangt.

Um diese mehrfach stossende Ungleichbehandlung der Containerbenützenden in der Altstadt zu beheben, sollen für die Berechnung der Gebühren die Altstadt als "Perimetereinheit" betrachtet und einheitliche Gebühren auferlegt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion wird auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

594. 2010/417

Dringliche Schriftliche Anfrage von Alecs Recher (AL) und 46 Mitunterzeichnenden vom 29.09.2010: Stadtpolizei Zürich, Umsetzung der neuen eidgenössischen Strafprozessordnung

Von Alecs Recher (AL) und 46 Mitunterzeichnenden ist am 29. September 2010 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 1. Januar 2011 wird die neue eidgenössische Strafprozessordnung in Kraft treten. Dies bedingt nicht nur eine Umstellung für die Gerichte, wie Strafverfahren prozessrechtlich zu behandeln sind, sondern für alle Involvierten die Pflicht, für deren korrekte Umsetzung in der Praxis zu sorgen. Abläufe innerhalb der Justiz und der Verwaltung, insbesondere der Polizei, müssen neu definiert und klar geregelt werden. Vor allem die Verankerung des Rechtes eines Beschuldigten, von Beginn an einen Rechtsbeistand beiziehen zu können ("Anwalt der ersten Stunde"), stellt eine grössere Herausforderung dar. Da es sich dabei um ein Teilrecht des fairen Prozesses handelt, welches auch durch die Europäische Menschenrechtskonvention garantiert wird, ist eine funktionierende Umsetzung eine ernst zu nehmende Pflicht auch für die Stadtpolizei.

Um eine fristgerechte und funktionierende Einführung der neuen Strafprozessordnung in der städtischen Praxis sicherzustellen, müssen heute spätestens die letzten Vorbereitungsmassnahmen ergriffen werden.

Wir bitten den Stadtrat in dieser Sache um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Wie lautet der Text (wörtlich!), welcher einem Angeschuldigten von der Polizei vorgelesen werden wird, um ihm sein Recht auf Beizug eines Anwalts zu Beginn der ersten Einvernahme zu erklären?
- 2. Gilt das Recht auf Übersetzung hier auch bereits in vollem Umfang? Wie wird eine allfällige notwendige Übersetzung jederzeit garantiert?
- 3. Wie wird konkret in der Situation der ersten Einvernahme eine Anwältin beigezogen? Insbesondere bitten wir dabei um Beantwortung der folgenden Aspekte: Wie kommt eine Angeschuldigte in Kontakt mit einem Anwalt, welcher auch sofort erscheinen kann egal, zu welcher Tages-oder Nachtzeit? Steht ein Pikettdienst an Strafverteidigerinnen 24 Stunden, 7 Tage die Woche zur Verfügung? Wenn nein, wie wird das Recht auf den Anwalt der ersten Stunde sonst garantiert? Wer macht den Anruf an die Anwältin, die Polizeibeamten oder der Angeschuldigte? Wie wird garantiert, dass nicht immer die gleichen Strafverteidiger beachtet werden und deren Qualität gesichert ist?
- 4. Werden gleichzeitig Änderungen in der Praxis der Polizei, welche nicht zwingend mit der neuen Strafprozessordnung vorgenommen werden müssten, die aber zu einer Verschärfung der kommunalen Kriminalpolitik führen, eingeführt? Wenn ja, bitte um Aufzählung der Änderungen mit Begründung.

Mitteilung an den Stadtrat

Kenntnisnahmen

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 6. Oktober 2010, 17:00 Uhr.